



14

NUMMER

17

JAHR

GEOPOLITIK UND REGIMEWECHELSEL

DAS DEBAKEL VON ALEPPO UND SEINE EFFEKTE
VON FEHIM TAŞTEKIN

Was für die Allianz des Westens mit den Golfstaaten der »Fall Aleppos« ist, ist für andere die »Befreiung Aleppos«. Währenddessen ist die Türkei, die die Patenschaft für die Dschihadisten in Aleppo übernommen hatte, mit einem Bumerang-Effekt konfrontiert. Der Abzug aus Aleppo hat viele Kämpfer frei gesetzt, für die eine neue Verwendung gesucht wird.

Weiter auf Seite 4

ATLANTIKER, EURASIER, NATIONALISTEN – TURBULENTE KOALITIONEN DER AKP
VON SINAN BIRDAL

Bedeutet die Moskauer Abmachung, dass die Türkei sich von der NATO lösen und einem Bündnis mit Russland, China und dem Iran anschließen wird? Wie stabil ist die Kriegskoalition der AKP angesichts der Fraktionierung in den Sicherheitsapparaten? Und welche Folgen hätte eine mögliche Annäherung zwischen den USA und Russland für die AKP?

Weiter auf Seite 7

CHRONISCHER BÜRGERKRIEG IN DER TÜRKEI UND DIE STRATEGIE DER PKK IM NAHEN OSTEN
VON FERDA KOÇ

Die AKP verfolgt das Ziel, sich als Kriegsmacht eines von ihr angezettelten Bürgerkriegs zu etablieren. Die PKK ist indes offensichtlich nicht willens, eine Politik zu verfolgen, die den Bürgerkrieg aufhalten könnte. Sie verantwortet Bombenanschläge, bei denen selbst die kurdische Bevölkerung nicht unterscheiden kann, ob sie vom IS oder doch von der TAK verübt wurden. Die Lösung der »kurdischen Frage« in der Türkei von einem »Frieden im Nahen Osten« abhängig zu machen und dafür einen ethnisch-konfessionellen Bürgerkrieg in der Türkei in Kauf zu nehmen, nützt weder dem Kampf um Demokratie noch dem nationalen Befreiungskampf.

Weiter auf Seite 11

DIE TÜRKEI: ABKEHR DES WESTENS, DIKTATUR UND STAATSKRISE
VON ERROL BABACAN

Mit dem Ausnahmezustand wurde die Installation der Diktatur abgeschlossen. Der Krieg ist das Bindemittel einer asymmetrischen Koalition zwischen AKP, MHP und CHP. Im kurdischen Südosten werden direkte Kolonialpraktiken angewendet, die Faschisierung nimmt Fahrt auf. Das Scheitern des neo-osmanischen Expansionismus vor Augen wächst indessen die Kluft zur EU und den USA.

Weiter auf Seite 14

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Cakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Ismail Doga Karatepe (Kassel), Anne Steckner (Berlin) und Fitnat Tezerci (Marburg)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieffuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.:

M. Cakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

während die türkische Regierung unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes einen verfassungsrechtlichen Regimewechsel vorantreibt, eskaliert aufgrund des Krieges in Syrien die Gewalt im Land. De facto befindet sich die Türkei im (Bürger-)Krieg. Mit der Begründung, weitere Putschversuche (wie den am 15./16. Juli 2016) zu verhindern, wurde umgehend der Ausnahmezustand erklärt, seit über einem halben Jahr immer aufs Neue verlängert. Kein Wunder, dass Staatspräsidenten Erdogan den Putschversuch als »Segen Gottes« bezeichnete.

Die zahlreichen über Nacht erlassenen Dekrete, das Aushebeln der parlamentarischen Kontrolle und die Konzentration der Gewalten in der Hand des Staatspräsidenten, aus dem Staatsdienst entlassene Oppositionelle, verhaftete Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, inhaftierte kurdische Abgeordnete, die umfassende Ausschaltung regierungskritischer Zeitungen und Medien – all dies sind offensichtliche Belege diktatorischer Maßnahmen. Zugleich wächst infolge der in türkischen Städten verübten Terrorakte in der Bevölkerung die Angst. Vor allem die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges in Syrien und die Kriegsbeteiligung der Türkei sind hierbei maßgeblich.

In dieser Ausgabe des Infobriefs beleuchten wir die (Weiter-)Entwicklungen in der Türkei auf dem Weg in die Diktatur, die komplexen Zusammenhänge zwischen der innenpolitischen Dynamik, dem anhaltenden Krieg in Syrien und ausländischen Akteuren. Auch wie sich die kurdische Bewegung unter diesen Bedingungen positioniert, wird Gegenstand der Analyse sein.

Fehim Taştekin untersucht die Normalisierungsversuche in den türkisch-russischen Beziehungen im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen in Aleppo. Taştekin ist der Auffassung, alle Akteure betrachteten die Kämpfe um Aleppo als Schicksalsschlacht. Er stellt einen Bezug her zwischen den westlichen Strategien und Reaktionen auf die Eroberung Aleppos durch die syrische Ar-

mee. Gleichzeitig weist er auf zwei politisch nachhaltige Veränderungen hin: (1) das Ende der türkischen Unterstützung für die syrische Opposition als Preis der Normalisierung in den Beziehungen zur Russland, (2) die Kriegsorientierung der Türkei gegenüber den kurdischen Kräfte verbunden mit dem Rückzug türkischer Streitkräfte an die Azez-El Bab-Linie. Zum Schluss erörtert Taştekin die möglichen Auswirkungen der Schlacht um Aleppo auf Syrien und die Türkei.

Sinan Birdal bewertet die sicherheitspolitische Ausrichtung der Türkei, indem er unterschiedliche Strömungen innerhalb der türkischen Streitkräfte genauer unter die Lupe nimmt: »Atlantiker«, »Nationalisten« und »Eurasier«. In seiner Analyse geht es um die Beziehungen zwischen Staat und Armee sowie um unterschiedliche Sicherheitsstrategien in den drei genannten Strömungen. Die Politik der vergangenen Monate sei, so Birdal, ein Beleg für den Sieg der »Eurasier«. Somit habe der Aufbau eines geostrategischen Regimes begonnen.

Ferda Koç stellt die These auf, der Bürgerkrieg in der Türkei entwickle sich als letztes Glied in einer Reihe provozierten Bürgerkriege im Nahen Osten, die eine ethnisch-konfessionelle Gestalt angenommen hätten. Ziel der AKP sei, sich im Rahmen dieses Bürgerkrieges als Kriegsmacht zu etablieren. Der rassistisch-konfessionell begründete Druck auf die oppositionellen Kräfte (Kurden, Aleviten, Linke) wächst. Koç kritisiert die PKK für ihre starke Orientierung auf den Syrienkrieg und die Entwicklungen im Nahen Osten. Sie habe sich von ihrer politischen Strategie verabschiedet, eine Lösung der kurdischen Frage innerhalb der Grenzen der Türkei voranzutreiben. Koç warnt eindringlich davor, diese Strategie könne dazu führen, dass sich die kurdischen und sozialistischen Kräfte in der Türkei voneinander entfernten. Zugleich könne der Prozess im Nahen Osten aber gefährliche Auswirkungen auf die Lage der Kurd*innen in der Türkei haben.

Errol Babacan geht der Frage nach, worin der Interessenkonflikt zwischen der Türkei und deren »westlichen Partnern« besteht. Er untersucht die

Herrschaftsarchitektur des gegenwärtigen Regimes und beobachtet eine »Gülenisierung« der bürgerlichen Parteien in der Türkei. Babacan erklärt, warum das türkische Kapital, aber auch die Mittelschichten im Land auf die Kontrolle der »Kolonie Kurdistan« nicht verzichten wollen und die Abkehr des Westens einen Staatszerfall in der Türkei zur Folge haben könnte.

Eine interessante Lektüre im Namen der Redaktion wünscht

Özgür Genç

DAS DEBAKEL VON ALEPPO UND SEINE EFFEKTE

VON FEHIM TAŞTEKIN

4

Was für die Allianz des Westens mit den Golfstaaten der »Fall Aleppos« ist, ist für andere die »Befreiung Aleppos«. Währenddessen ist die Türkei, die die Patenschaft für die Dschihadisten in Aleppo übernommen hatte, mit einem Bumerang-Effekt konfrontiert. Der Abzug aus Aleppo hat viele Kämpfer frei gesetzt, für die eine neue Verwendung gesucht wird.

Rund um Aleppo fand ein großer Sturm statt, angefangen mit den menschlichen Tragödien. Wenn es um die Menschlichkeit geht, sollte es eigentlich keine zwei Meinungen geben. Doch leider ist das nicht der Fall. Natürlich sollte uns jedes Leben berühren, das in diesem Krieg verloren wurde. Jeder Krieg hat eine humanitäre Dimension, die nicht übergangen oder gering geschätzt werden darf. Doch dürfen wir aufgrund unseres Mitgefühls zulassen, dass wir für dumm verkauft oder geblendet werden?

Es ist höchst entrüstend, dass diejenigen, die arglistig diesen Krieg betreiben, über ihre Stellvertreter Öl ins Feuer gießen, zusehen wie Städte ausgeplündert werden, die, um einen Interventionsgrund zu fabrizieren, nicht davor zurückschrecken, chemische Waffen einzusetzen und hemmungslos dschihadistische Gruppen finanzieren, gleichzeitig meisterhaft ihre Krokodilstränen zur Schau stellen.

ALEPPO IST GEFALLEN! ALEPPO WURDE GERETTET!

Einige müssen über ihre eigenen Verbrechen einen dicken Schleier legen. Aleppo war der Ort, an dem ihr Spielchen endete, wo die Masken gefallen sind. Das ist der Grund, weshalb sie die UNO anriefen, die Straßen in Bewegung setzten und die Schlagzeilen in rote Tinte tauchten.

Humanitäre Sorgen sind für viele Parteien nur eine Maske. Wer fragt danach, woher die Sympathie des Westens mit Al-Kaida herrührt? Lassen wir die Aufregung der Scheiche aus den Golfstaaten, die die dschihadistischen Gruppen als ein außenpolitisches Instrument benutzen, mal beiseite. Doch was soll man zu den Abendländern sagen, die aufgrund der Niederlage von Al-Kaida, seiner Ableger und Verbündeten in Aleppo bestürzt sind? Sind Zivilis-

ten wirklich ihre Sorge? Warum verlieren sie dann kein Wort über die Massaker der Saudis im Jemen? Warum unterstützen sie dann die Al-Nusra-Front, die Ahrar al-Scham und die Nureddin Zengi, die mit den Raketen, die sie in Gebiete unter Regierungskontrolle schießen, täglich Leben vernichten? Haben allein die Fassbomben Aleppo zerstört? Was soll man zu den Aposteln einer Zivilisation sagen, die Dschihadisten beistehen, die historische Gebäude in die Luft jagen und daraus Propagandafilme drehen?

Krieg tötet, zerstört und korrumpiert. Aus diesem Grund ist es grundlegend, gegen den Krieg zu sein. Aufrichtigkeit erfordert, nicht Öl ins Feuer zu gießen, sondern alles zu tun, um den Krieg aufzuhalten. Es sei auch empfohlen, den eigenen Standpunkt nicht für absolut zu halten. Was für die eine Seite ein »revolutionärer Krieg« ist, ist für die andere Seite die »Verteidigung des Heimatlandes«. Was für die Allianz des Westens mit den Golfstaaten der »Fall Aleppos« ist, ist für Syrien die »Befreiung Aleppos«.

Aufrichtigkeit erfordert, die trotz zweifelhafter Informationsquellen ausgesprochene Warnung eines UN-Offiziellen, die eingekesselten Zivilisten in Ost-Aleppo würden massakriert werden, genauso ernst zu nehmen, wie den Bericht der UN-Untersuchungskommission zu Syrien, wonach die Oppositionellen Zivilisten am Verlassen Ost-Aleppos hindern und sie zu menschlichen Schutzschilden machen.

Aufrichtigkeit erfordert, neben der Situation in Ost-Aleppo wahrzunehmen, dass die vom Westen und den Golfstaaten unterstützten Gruppen fort-dauernd die von ihnen eingekesselten Gemeinden Fua und Kefraya mit Raketen beschießen. Aufrichtigkeit erfordert auch, zu berichten, dass Zivilisten, die Ost-Aleppo verlassen wollen, von Milizionären beschossen werden.

Vor langer Zeit habe ich auf die Verderbnis in Syrien hingewiesen: »Zuerst wurde die Wahrheit geopfert«. Vor jeder UN-Sicherheitsratssitzung, vor

jedem Rendezvous der Freunde Syriens, vor jedem Treffen in Genf wurden in Lügen verpackte grausame Spielchen aufgeführt. Dass das Ende dieses Spiels besonders lautes Getöse auslöst, verwundert daher nicht.

Der Regimewechsel in Syrien sollte über Aleppo laufen, nun fand dieses Ansinnen sein Ende in Aleppo. Aleppo sollte für die Allianz des Westens mit den Golfstaaten die Hauptstadt der Revolution werden. Die Rolle, die Bengasi in Libyen spielte, sollte in Syrien Aleppo einnehmen. Doch die Bürger von Aleppo haben die Pseudorevolutionäre nicht mit offenen Armen empfangen. Sie hatten die salafistischen Dschihadisten, die zwischen 1977 und 1982 einen Konfessionskrieg betrieben hatten, Menschen entführten und ihnen die Gliedmaßen abtrennten, nicht vergessen.

DIE CHIFFREN DER NIEDERLAGE

Obwohl die Operation in Aleppo nicht neu gestartet worden war, warum wurde die internationale Öffentlichkeit erst im letzten Akt mit der Behauptung von Massakern und Vergewaltigungen in Aufruhr versetzt?

Offensichtlich sind einige mit dem blutigen Pokerspiel in Syrien noch nicht fertig. Dass der US-Präsident Barack Obama, kurz vor seinem Abtritt, dem Haushaltsentwurf für 2017 nebenbei ein Gesetz hinzufügte, das erlaubt, der Opposition hochentwickelte Waffen zu liefern, ist ein Zeichen.

Derweil versuchen diejenigen, die ihr Spiel beenden müssen, den Bumerang-Effekt zu minimieren. Es ist klar, wen der Bumerang treffen wird: die Türkei. Ein Trümmerhaufen rückt immer näher auf das Land zu.

Die Niederlage in Aleppo verlief parallel zu zwei Ereignissen. Die Türkei, die sich in einer außenpolitischen Sackgasse befand, musste sich mit Russland einigen, um neuen Spielraum zu gewinnen. Als der Staatspräsident Tayyip Erdoğan an die Tür des russischen Präsidenten Vladimir Putin klopfte, um eine neue Seite in den Beziehungen aufzuschlagen, musste er dies mit einem Kurswechsel in Syrien bezahlen. Den Verbündeten in Syrien, für die Erdoğan einst seine Hand ins Feuer gelegt hatte, die gemeinsam mit dem CIA ausgebildet und ausgerüstet worden waren, die logistische Hilfe erhalten hatten, musste Einhalt geboten werden.

Die Einstellung der Hilfe war nicht genug. Erdoğan verpflichtete sich gegenüber Putin, dafür zu sorgen, dass die Al-Nusra-Front aus Aleppo abzieht. Als die von ehemaligen Al-Kaida-Mitgliedern gegründete Ahrar al-Scham, die der Türkei nahesteht, sich auf Geheiß zurückzog, konnte die Al-Nusra-Front alleine nicht durchhalten. Es wird nicht lange dauern, bis sich diese Aktion der Türkei auf die dschihadistische Front auswirkt [Anm. d. Red.: Eine Auswirkung könnte die Ermordung des russischen Botschafters in Ankara durch einen türkischen Polizisten, der offenbar Anhänger der Al-Nusra-Front war, gewesen sein].

Das zweite Ereignis, das parallel zur Niederlage in Aleppo verlief, war der Wechsel der Richtung und der Ziele des Krieges durch die Türkei. Die Zerschlagung Rojavas, der Autonomie-Region, die von KurdInnen gemeinsam mit Arabern, Assyrerinnen, Chaldäern, Armenierinnen, Tschetschenen, Tscherkessinnen und Turkmenen gegründet worden war, erhielt Priorität. Mit der türkischen Militäroffensive in Syrien wurden Kapazitäten aus Aleppo abgezogen und nach Al-Bab verschoben. Das schwächte die Aleppo-Front. Aus diesem Grund machen einige die Türkei für ihre Niederlage in Aleppo verantwortlich.

WER NIMMT DIE RESTLICHEN KÄMPFER?

Anscheinend möchte Ankara seine Rolle beim Debakel in Aleppo nicht nur verheimlichen, sondern noch einen Vorteil daraus ziehen. Diejenigen, die bisher mit den Worten »Wenn Aleppo fällt, fliehen mindestens 500.000 Menschen an unsere Grenze« Angst geschürt haben, führen nun eine neue Kampagne: »Öffnet die Tore für Aleppo, lasst die Menschen kommen«. Etwa 100.000 evakuierte Zivilisten sind natürlich nicht in die Türkei gegangen, das werden sie auch nicht tun. Die syrische Regierung hat für sie ein separates Camp errichtet. Die Behauptung, bis zu 600.000 Menschen hätten bis zuletzt in Ost-Aleppo ausgeharrt, war ohnehin manipulativ.

Der eigentliche Punkt drehte sich um die Evakuierung der bewaffneten Milizen und ihrer Familien aus Aleppo. Bei Evakuierungen aus anderen Gebieten wurden Dschihadisten nach Idlib gebracht. Das Problem ist, dass Idlib das Zentrum des Emirats der Al-Nusra-Front ist. Die sieht es zwar gerne, wenn sich gleichgesinnte Milizen ihr anschließen,

doch mit konkurrierenden Organisationen will sie ihr Emirat nicht teilen.

Während die Türkei Verhandlungen mit Russland und dem Iran zur Evakuierung der Milizen führte, war bestechend, dass sie sich als »Retterin der Zivilisten« präsentierte. Ankaras Sorge bestand aber darin, die Kämpfer, die aus Aleppo herauskamen, in die türkische Militäroffensive zu integrieren. Es ist unwahrscheinlich, dass alle Kämpfer diesem Plan folgen werden. Viele hatten den Sturz Assads zum Ziel und waren nicht losgezogen, um den IS oder Rojava zu bekämpfen. Für einige ist der Kampf nun zu Ende. Es wird von Hunderten berichtet, die ihre Waffen niedergelegt haben. Aber diejenigen Dschihadisten, die aus einer starken ideologischen Überzeugung heraus in den Kampf gezogen sind, werden ihre eigene Agenda weiterverfolgen. Das ist das eigentliche Problem.

Kurz, Erdoğan hatte 2012 verkündet, die „Einwohner“ Aleppos, als die er die angekarteten Dschihadisten bezeichnete, würden Assad die notwendige Antwort geben. Nun zieht er die Kämpfer zurück. Welche Verwendung hat er für sie? Aktuelle Adresse ist die türkische Militäroffensive in Syrien. Und danach? Der Krieg wurde in Aleppo nicht beendet. Assad hat Aleppo nicht gegen Idlib, Azaz oder Al-Bab eingetauscht. Wenn diese Gebiete an die Reihe kommen, wohin werden die zehntausenden Milizionäre dann evakuiert? ■■

Fehim Taştekin ist Journalist. Er schreibt u.a. für die Websites Al-Monitor und Gazete Duvar.

Dieser Artikel basiert auf einer Veröffentlichung in Gazete Duvar vom 16.12.2016 und wurde von Infobrief Türkei aus dem Türkischen übersetzt.

ATLANTIKER, EURASIER, NATIONALISTEN – TURBULENTE KOALITIONEN DER AKP

VON SINAN BIRDAL

Bedeutet die Moskauer Abmachung, dass die Türkei sich von der NATO lösen und einem Bündnis mit Russland, China und dem Iran anschließen wird? Wie stabil ist die Kriegskoalition der AKP angesichts der Fraktionierung in den Sicherheitsapparaten? Und welche Folgen hätte eine mögliche Annäherung zwischen den USA und Russland für die AKP?

Im März 2002 hielt der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Armeegeneral Tuncer Kılınc, einen Vortrag auf dem von der Militärakademie in Istanbul ausgerichteten Symposium Wie kann ein Friedensgürtel um die Türkei gebildet werden? Die Türkei, so seine These, erhalte keinerlei Hilfestellung von der EU und müsse sich deshalb Russland und dem Iran zuwenden. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe: Ein türkischer General, dafür bekannt, die längste Dienstzeit in der NATO-Kommandantur verbracht zu haben, schlug einen radikalen Kurswechsel in der Bündnispolitik des Landes vor.

Der damalige Ministerpräsident von der Demokratischen Linkspartei DSP, Bülent Ecevit, »Veteran des Zypern-Feldzugs von 1974«, sah sich genötigt, folgende Erklärung abzugeben:

„Der verehrte General mag eine private Meinung haben. Wie die USA und der Iran zusammengebracht werden sollen, erschließt sich mir aber nicht. Das hat er als persönliche Meinung geäußert. Momentan verlaufen die Beziehungen zur EU gut. Falls es in der Zukunft zu ernsthaften Problemen kommen sollte, dann kann man entsprechend vorsorgen. Aber momentan gibt es dazu keinen Anlass.“

ATLANTISCHE ISLAMISTEN GEGEN EURASIER

Zu diesem Zeitpunkt war die Ecevit-Regierung bereits angezählt. In seinem Buch *Ankara'da Irak Savaşları* (»Irak-Kriege in Ankara«) erzählt der Journalist Fikret Bila, wie durch die Unterstützung der USA und des Verbands des Großkapitals TÜSİAD für die neu gebildete AKP die ohnehin schwächelnde Ecevit-Regierung zu wackeln be-

gann. Der Aufstieg der AKP geht mit der Entmachtung des anti-westlichen »Bannerträgers« Necmettin Erbakan einher, der den politischen Islam über drei Jahrzehnte angeführt hatte [1]. Um dessen Schicksal – einem Sturz durch die Generäle – zu entkommen, holte sich die AKP die Rückendeckung des ‚Westens‘, dem sie sich andiente. Einige Jahre später, als die AKP etwas fester im Sattel saß, sollten der General Kılınc und seine Mitstreiter im Rahmen der Ergenekon-Prozesse unter dem Vorwurf eines Putschversuchs verhaftet werden.

Ein von Wikileaks 2011 veröffentlichter, im Jahr 2003 vom US-Botschafter in Ankara verfasster Report gewährt Einblicke, welche Einschätzung die USA zu dieser Zeit von der türkischen Armee hatten. In dem Report mit dem Titel *The Turkish General Staff: A fractious and sullen political coalition* (»Der türkische Generalstab: Eine uneinige und mürrische politische Koalition«) werden drei Fraktionen beschrieben: Die Atlantiker, die Nationalisten und die Eurasier.

Dem Report zufolge wird die eurasische Neigung durch die Ansicht genährt, die Türkei wie auch Russland würden vom Westen unterdrückt werden, ohne dass die Träger dieser Ansicht wirklich begriffen hätten, dass eine eurasische Orientierung die Akzeptanz einer Dominanz Russlands bedinge. Eine weitere Überzeugung der Eurasier sei, dass ein Bündnis mit Russland auch ohne eine Demokratisierung der Türkei auskomme [2]. Aktuell befänden sich die Eurasier in einer Koalition mit den Nationalisten [3]. Der Generalstabschef Hilmi Özkök sei Atlantiker, während Yaşar Büyükanıt, Aytaç Yalman, Çetin Doğan, Fevzi Türkeri, Şener Eruygur, Köksal Karabay und der eingangs genannte Tuncer Kılınc zu den opponierenden eurasischen/nationalistischen Generälen zählten.

Die Verhaftung der »opponierenden Generäle« ab 2007 sollte von der AKP als Sieg des zivilen Willens und der Demokratie präsentiert werden. Nicht verhaftet wurde aber der in der Zwischenzeit zum Generalstabschef aufgestiegene Yaşar Büyükanıt, der 2006 den »Atlantiker« Özkök abgelöst hatte. Das am

5. Mai 2007 zwischen Büyükanıt und dem damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan erfolgte Treffen, das für viel Wirbel sorgte und dessen Inhalt bis heute geheim geblieben ist, stellte sich als Wendepunkt dar. Obgleich Büyükanıt bekannt gegeben hatte, dass er persönlich das im Vorfeld der Präsidentenwahl 2007 auf der Website des Generalstabs veröffentlichte Schreiben (das sogenannte E(lektronische)-Memorandum) verfasst hatte, das weithin als Ultimatum an die AKP verstanden wurde, von ihrem Kandidaten Abdullah Gül abzusehen, blieb er von jeder Anschuldigung während der Ergenekon-Prozesse verschont. Ertuğrul Kürkçü, der später Parlamentsabgeordneter der HDP werden sollte, bewertete damals das Treffen zwischen Erdoğan und Büyükanıt als Auftakt für ein **Bündnis zwischen Militär und Islamisten**. Heute wissen wir auch, dass die verhafteten eurasischen/nationalistischen Offiziere durch nachrückende gülenistische Offiziere ersetzt wurden.

EURASISCHE ISLAMISTEN GEGEN ATLANTIKER

Die Orientierung am Westen bildete die geostrategische Grundlage des Bündnisses. Die Unterstützung des Westens ermöglichte der AKP, die Staatsapparate unter ihre Kontrolle zu bringen. Ungefähr zehn Jahr später hat sich diese Gleichung offensichtlich aufgelöst. Die Bedingung zur Kontrolle der Staatsapparate scheint heute in einer eurasischen Orientierung, in einem Bündnis der AKP mit den Eurasiern zu liegen [4]. In diesem Rahmen sollte die kürzlich getroffene Moskauer Abmachung zwischen Russland, dem Iran und der Türkei bezüglich der weiteren Entwicklung des Krieges in Syrien bewertet werden. Die treibende Dynamik hinter dem außenpolitischen Richtungswechsel, den die Türkei im Rahmen der Abmachung vornimmt, beruht auf der innenpolitischen Konstellation.

Die Abmachung kann wohl als bedeutendster Erfolg der Eurasier seit dem Ende des Kalten Kriegs bewertet werden. Doch welche Aussicht hat das eurasische Unterfangen? Bedeutet die Moskauer Abmachung, dass die Türkei sich von der NATO lösen und einem alternativen Bündnis mit Russland, China und dem Iran anschließen wird? Wie stabil ist ein Bündnis mit eurasischen Kadern, die vor nicht allzu langer Zeit von der AKP eingebuchtet worden waren? Wie sehr werden sich die beiden Lager vertrauen können?

Beginnen wir mit der letzten Frage: Wie die Beziehung zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung eindrücklich aufgezeigt hat, ist kein Bündnispartner vertrauenswürdig, kein Bündnis hält ewig, egal wie gesichert es ideologisch erscheint und wie stark die internationale Unterstützung ist. Die Bedeutung gefestigter Institutionen und von Regelwerken wie Verfassungen für das Funktionieren eines politischen Systems ist durch diese Unberechenbarkeit begründet. Indes scheinen die AKP-Kader, deren Wurzeln in den Klientelnetzwerken von Kommunalverwaltungen liegen, immer noch nicht begriffen zu haben, dass eine an wechselhafte Tagesinteressen geknüpfte Machtverteilung permanente Instabilität hervorruft. Vielleicht haben sie das aber auch zu gut begriffen. Es ist davon auszugehen, dass die Eurasier nach Mechanismen verlangen, die ihnen das Schicksal der Gülenisten erspart. So stellt der Verfassungsdeal, den die MHP mit der AKP eingegangen ist, einen bestimmten Teil der Eurasier nicht zufrieden. Der Perinçek-Flügel fordert zur Absicherung und zum Ausbau seines neu erworbenen Status in den Sicherheitsapparaten eine nationale Mobilmachung, die der Verhängung des Kriegsrechts entspricht [zur Person Doğu Perinçek siehe Verweis in Fußnote 3].

DIE KURDISCHE FRAGE ALS GEMEINSAMER NENNER

Dass die Eurasier sich untereinander nicht einig sind, auf welcher verfassungsrechtlichen Grundlage sie stehen möchten, stärkt zunächst einmal die AKP. Hieraus folgt aber nicht, dass die AKP den Werdegang problemlos wird kontrollieren können. Die Rückkehr zu einer militärischen Lösung der kurdischen Frage bildet den gemeinsamen Nenner des Bündnisses. Allerdings zerbrach auch das Bündnis mit den Gülenisten exakt an diesem Punkt. Es waren nicht die Korruptionsermittlungen vom 17.-25. Dezember 2013, sondern die Vorladung des Geheimdienstchefs Hakan Fidan Anfang 2012 durch Staatsanwälte des Gülen-Netzwerks, die den Bruch auslöste [5].

Zuvor hatten die Gülenisten ihre Kritik am Oslo-Prozess – an den geheimen Verhandlungen zwischen der Regierung und der PKK, die von 2009 bis 2011 in Oslo geführt wurden – verschärft. Sie forderten zur Lösung der kurdischen Frage statt Verhandlungen einen radikalen Massenmord, den sie in Anlehnung an die Ermordung der Tamilen-Rebellen »Sri Lanka Modell« nannten. Als die Regierung die Verhandlungen mit der PKK schließlich

aufgab, versetzte sie massenhaft Gülenisten in den Südosten. Zur Bekämpfung der »Kurden« wurde an vorderster Front die von Gülenisten durchgesetzte Polizei eingesetzt. Die AKP vertraute dem Militär aufgrund der »Ergenekon Verschwörung« zu diesem Zeitpunkt nicht. Die Regel des Krieges verschaffte sich auf der Stelle Geltung: Wer im Krieg gegen die »Kurden« das Zepter schwingt, erlangt eine von der Regierung in Ankara nicht mehr kontrollierbare Macht und kann auf dieser Grundlage noch mehr Macht und Befugnisse von Ankara verlangen.

Was in den 1990ern für die **Susurluk-Bande** und in jüngerer Zeit für die Gülenisten galt, die jeweils über die Dynamiken des Krieges Macht akkumuliert hatten, gilt wohl auch für jene, die jetzt das Zepter schwingen. Dass die AKP-Regierung die Kriegsfrente unausgesetzt in Richtung Syrien und Irak erweitert, hat meines Erachtens weniger ideologische denn politische Gründe, die aus den inneren Balancen des Regimes herrühren. Die kriegsführenden eurasischen Kräfte drängen auf eine Ausweitung des Krieges und in diesem Zuge ihrer Befugnisse.

REGIERUNGSWECHSEL IN DEN USA

Betrachten wir nun die Aussichten des eurasischen Unterfangens. In der amerikanischen Presse wird nicht zu Unrecht davon gesprochen, dass die Moskauer Abmachung die USA ausschließt. Hierin liegt sicherlich ein wichtiger, allerdings doch nur ein taktischer Sieg der Eurasier. Die USA bereiten sich nach dem wohl turbulentesten Wahlkampf in ihrer jüngeren Geschichte auf einen Regierungswechsel vor. Eine gewisse politische Schwerfälligkeit kann hierbei auftreten. Russland, Syrien, der Iran und die Türkei scheinen die Übergangsphase auszunutzen zu wollen.

Es scheint, dass Moskau sich aufgrund einer ausbleibenden Einigung mit den USA in der Causa Syrien mit der Türkei ein neues Gegenüber geschaffen hat. Das heißt, die Türkei sitzt derzeit nicht aufgrund eigener Stärke am Verhandlungstisch, sondern aufgrund eines Spielraums, den sie von Russland gewährt bekommt. Es ist aber nicht richtig klar, wen die Türkei an diesem Tisch wirklich repräsentieren kann. In den internationalen Beziehungen werden die Balancen über die tatsächlichen Kapazitäten eines Landes gebildet. Russlands Staatspräsident Vladimir Putin weiß sehr wohl, dass das strategische Gegenüber die USA sind.

Ende Januar wird Donald Trump die Regierung in den USA übernehmen. Bislang äußerte Trump Sympathien mit Russland. Den CEO von Exxon Mobile, Rex Tillerson, der Geschäfte mit Russland unterhält, hat er als zukünftigen Außenminister benannt. Es schließt die Frage an, wie sich diejenigen verhalten werden, die im Namen eines Anti-Amerikanismus sich als Freunde Russlands positioniert haben, wenn eine Russland-freundliche amerikanische Regierung das Ruder übernimmt? Das interessantere Thema, das die Beziehung der AKP zu den Eurasiern berührt, wird aber ein anderes sein: die Bekämpfung des Islamismus. Während seiner Wahlkampagne betonte Trump immerfort, dass seine Sympathie mit Putin hauptsächlich auf dessen Bombardierung »islamistischer Terroristen« beruhe. Trump kritisierte Obama und Clinton, sie würden die Terroristen nicht als islamistisch bezeichnen.

Sofern sich dieses Stimmungsbild bewahrheitet und Trump sich mit Putin einigen sollte, was geschieht dann mit der Abmachung zwischen Moskau, Teheran und Ankara? Dass sich Trump eindeutig auf die Seite Israels und gegen die unter Obama geführte Diplomatie mit dem Iran stellte, ist kein Geheimnis. Der Iran liegt seit 1979 außerhalb des Einflussgebiets der USA, nicht jedoch die Türkei. Will sagen: Wenn Trump zur Bekämpfung des Islamismus eine Partnerschaft mit den türkischen Eurasiern eingehen sollte, welches Gegengewicht bleibt der AKP dann, um eine eurasische Fraktion auszutarieren, die sowohl die Unterstützung Putins als auch Trumps erhält und im Krieg gegen die »Kurden« das Zepter schwingt? ■■■

[1] Anm. d. Red.: Die erste Koalitionsregierung mit Beteiligung des politischen Islam (Wohlfahrtspartei) wurde 1996 unter dem Ministerpräsidenten Erbakan gebildet. Nach einem halben Jahr wurde die Regierung durch ein Ultimatum der Generäle wegen islamistischer Umtriebe zuerst gemaßregelt und schließlich zum Rücktritt gezwungen. Die Partei wurde verboten, was den Gründungsvätern der AKP die Gelegenheit bot, sich von Erbakan zu lösen.

[2] Anm. d. Red.: Die Generäle verbanden zu diesem Zeitpunkt mit Demokratisierung vor allen Dingen ihre eigene politische Entmachtung. Schließlich wurde zu jener Zeit, im Zuge der Annäherung an die EU, das Stimmengewicht im Nationalen Sicherheitsrat, der als letzte politische Instanz über die Verfassung »wacht«, zu Ungunsten der Generäle und zu Gunsten der politischen Regierung verschoben.

[3] Anm. d. Red.: Hinsichtlich der Haltung zur geopolitischen

Position der Türkei, über die sich die Fraktionen bilden, vertreten die Nationalisten (auf Türkisch »Ulusalçılar«) eine Position nationaler Unabhängigkeit, bestehen auf einem unitären Staatswesen und einer ethnisch einheitlichen Definition des Staatsvolks. Sieh explizit in der Tradition von Mustafa Kemal Atatürk verortend, sehen sie ihre Aufgabe darin, die Einheit der Türkei zu erhalten, die sie durch imperialistische Ränkespiele gefährdet sehen. Siehe zur Beschreibung der Akteure auch den Artikel von Nick Brauns: [Ein Russe in Ankara](#).

[4] Anm. d. Red.: Die verhafteten Offiziere und Zivilisten der „Ergenekon Verschwörung“ wurden bereits vor zwei Jahren nach langjähriger Haft nach und nach wieder entlassen, das Urteil von 2013 wurde im April 2016 wieder aufgehoben. Nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 wurden einige eurasisch/nationalistisch orientierte Offiziere wieder in die Armee aufgenommen.

[5] Anm. d. Red.: Im Zentrum des Konflikts stand der so genannte Oslo-Prozess zwischen 2009 und 2011, als die AKP-Regierung geheime Verhandlungen mit der PKK führte. Das Führen von Verhandlungen mit der »Terrororganisation PKK« wurde von gülenistischen Staatsanwälten zum Anlass genommen, Ermittlungen wegen Landesverrats aufzunehmen. Geheimdienstchef Fidan, der im Auftrag der Regierung die Verhandlungen mit der PKK führte, sollte aussagen und es galt als wahrscheinlich, dass er dem Vorwurf des Landesverrats ausgesetzt werden würde. Da der Geheimdienst dem Ministerpräsidenten Erdoğan unterstellt war, war ferner naheliegend, dass die Ermittlungen sich im nächsten Schritt gegen Erdoğan richten würden. Erdoğan konnte verhindern, dass Fidan aussagen musste. Die AKP wertet das Begebnis als ersten Putschversuch der Gülenisten.

Sinan Birdal ist Politikwissenschaftler und Kolumnist. Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht von Gazete Duvar am 22.12.2016.

Aus dem Türkischen übersetzt und redaktionell bearbeitet von Errol Babacan.

CHRONISCHER BÜRGERKRIEG IN DER TÜRKEI UND DIE STRATEGIE DER PKK IM NAHEN OSTEN

VON FERDA KOÇ

Die AKP verfolgt das Ziel, sich als Kriegsmacht eines von ihr angezettelten Bürgerkriegs zu etablieren. Die PKK ist indes offensichtlich nicht willens, eine Politik zu verfolgen, die den Bürgerkrieg aufhalten könnte. Sie verantwortet Bombenanschläge, bei denen selbst die kurdische Bevölkerung nicht unterscheiden kann, ob sie vom IS oder doch von der TAK verübt wurden. Die Lösung der »kurdischen Frage« in der Türkei von einem »Frieden im Nahen Osten« abhängig zu machen und dafür einen ethnisch-konfessionellen Bürgerkrieg in der Türkei in Kauf zu nehmen, nützt weder dem Kampf um Demokratie noch dem nationalen Befreiungskampf.

Politisch gesehen gibt es keinen Unterschied zwischen den Bomben, die auf den Plätzen in Bagdad, in Damaskus und im Jemen explodieren und denen, die in Diyarbakır, in Suruç, auf dem Taksim-Platz in Istanbul oder in Kızılay in Ankara hochgehen. Politisch und militärisch gesehen besteht auch kein Unterschied zwischen dem grausamen Gemetzel der Kriegsmächte in Aleppo, Falludscha, Mossul und Sindschar und dem Gemetzel und der Zerstörung in Cizre, Nusaybin, Sur und Şırnak. Der Bürgerkrieg in der Türkei entwickelt sich als letztes Glied in einer Reihe provozierten Bürgerkriege im Nahen Osten, die eine ethnisch-konfessionelle Gestalt angenommen haben. Offensichtlich wird er nicht nur als ein türkisch-kurdischer, sondern auch als ein sunnitisch-alevitischer Krieg gestaltet.

MEHRFRONTENKRIEG

Unmittelbar nach dem Anschlag der TAK – Freiheitsfalken Kurdistans – in Beşiktaş wurden unter Rufen der AKP-Regierung nach Vergeltung Büros der HDP angegriffen. Mehr als dreihundert leitende Mitglieder sowie zwei Abgeordnete der HDP wurden verhaftet. Hierin zeigte sich die Entschlossenheit der AKP, die kurdische Frage auf eine »bewaffnete Konfrontation« einzugrenzen, obwohl die vergangenen 32 Jahre bezeugen, dass aus einer solchen Auseinandersetzung kein Sieger hervorgeht. Doch der AKP geht es nicht mehr um einen Sieg; sie provoziert den Bürgerkrieg, um sich als Kriegsmacht zu etablieren. Die Führung der AKP entwirft

ihre Zukunft mittels eines türkisch-kurdischen und sunnitisch-alevitischen Bürgerkriegs, in dem sie das politisch-militärische Zentrum der »Türken und Sunniten« stellt. Aus diesem Grund schürt sie die Feindschaft gegen Kurden, Aleviten und Frauen sowie gegen eine säkulare Lebensweise.

Ihr erster Schritt, die Türkei zum Teil des Krieges im Nahen Osten werden zu lassen, bestand in der aktiven Mitwirkung bei der Provokation eines »Bürgerkriegs« in Syrien. Dies führte zur »Pakis-tanisierung« der Türkei. Das Land wurde in einen logistischen Stützpunkt für jihadistische Banden wie den IS und die Al-Nusra-Front verwandelt. Den zweiten Schritt der AKP stellte die Verquickung der kurdischen Frage in der Türkei mit der kurdischen Frage in Syrien dar, indem sie den IS auf Kobanê hetzte. In der Folge verließ die PKK ihre Linie, die Lage in der Türkei ins Zentrum ihrer strategischen Ausrichtung zu stellen. Fortan bestimmten die Stellungskämpfe in Syrien und im Irak über die Front in der Türkei.

Auf der Grundlage dieser beiden Schritte wurden die Kontraguerrilla, das Militär und der gesamte Sicherheitsapparat sukzessive islamisiert. Die Speerspitzen der Kontraguerrilla, die Sonderkommandos der Polizei (PÖH) und der Gendarmerie (JÖH) sowie »autonome« Banden, wurden zu aggressiven Verfechtern einer im Gewand des »Osmanismus« daherkommenden rassistisch-konfessionalistischen »türkisch-islamischen Synthese«. Sie schickten sich an, mit Unterstützung der Justiz und anderer Behörden, KurdInnen, AlevitInnen und SozialistInnen zu terrorisieren. Auf der politischen Ebene reift diese türkisch-islamische Synthese in Form einer Koalition zwischen der islamistischen AKP, der türkistischen MHP und »Ergenekon« – einem militärisch-zivilen Netzwerk – sowie einer »Präsidialverfassung« heran.

Die gesellschaftliche Grundlage und die Kräfte des Bürgerkriegs in der Türkei entwickeln sich im Zuge des Krieges im Nahen Osten. Vor unseren Augen entwickelt sich ein »Bürgerkriegsstaat«. Gestützt wird er nicht nur von militärischen Sicherheitsein-

heiten wie PÖH-JÖH, jihadistischen Banden und ihren »zivilen« Unterstützernetzwerken, sondern auch von privaten militärischen Unternehmen wie »SADAT« und »zivilen« Vorfeldorganisationen wie die »Osmanischen Vereinigungen«, die von der Regierung gelenkt werden. Hinzu kommen die Medientruppe der Regierung, ihre Trolle in den sozialen Medien sowie die AKP-Justiz.

STRATEGIE DER PKK IM NAHEN OSTEN

Die »schleierhaft« erscheinende gegenwärtige Linie der PKK sollte in diesem Rahmen bewertet werden. Nachdem sie den seit März 2015 anhaltenden Provokationen der AKP, einen Krieg anzuzetteln, zunächst widerstand, nahm die PKK schließlich doch die Kriegserklärung an. Indem sie das tat, ließ sie sich auf die Politik der AKP ein, die Türkei in eine weitere Front des Krieges im Nahen Osten zu verwandeln. Damit verabschiedete sie sich praktisch von der Strategie, den bewaffneten Kampf in der Türkei aufzugeben, die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer Demokratisierung innerhalb der Türkei anzustreben und die kurdische Bewegung in eine Bewegung zu verwandeln, die die ganze Türkei umschließt (HDP-HDK Projekt).

Dieser Strategiewechsel machte die gesamte politisch-repräsentative Macht der kurdischen Bewegung, die in vielen Kommunen Kurdistans die Bürgermeister und mit der HDP die drittstärkste Partei im Parlament stellte, funktionslos. Zugleich drängte dieser Politikwechsel Abdullah Öcalan an den Rand.

Ist die PKK mit diesem Strategiewechsel einer Provokation durch Erdogan erlegen?

Aufgrund der Verquickung der AKP mit den Jihadisten war sich die PKK durchaus bewusst, dass in Syrien keine Strategie in Übereinstimmung mit der AKP möglich war. Die Errungenschaften in Rojava über Bord zu werfen, war für die PKK ebenfalls unvorstellbar. Vieles weist darauf hin, dass die PKK mit dem Angriff auf Kobanê zu der Ansicht gelangte, dass die AKP sich nicht nur vom Friedensprozess in der Türkei abgewendet hatte, sondern auch mit ihrer Politik in Syrien zum Scheitern verurteilt war. Anstatt auf eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses basierend auf den Verhandlungen auf der Gefängnisinsel Imrali, auf der Abdullah Öcalan festgehalten wird, zu drängen, entschied sich die PKK für eine Lösung im nahöstlichen Rahmen.

Eigentlich war die PKK schon mit der US-Invasion im Irak im Jahr 2003 zu der Feststellung gelangt, dass sich die politischen Bedingungen im Nahen Osten zugunsten der »Kurden« verschoben. Mit dem Bürgerkrieg in Syrien und dem Vorstoß des IS auf Mossul erhielt die PKK die Chance, eine Führungsrolle im Nahen Osten, versinnbildlicht durch die Kämpfe in Kobanê und dem Sindschar-Gebirge, zu erlangen. Sie entwickelte auf verschiedenen Ebenen Beziehungen zu den drei großen Mächten – USA, Russland und Iran –, die über den Ausgang des Bürgerkrieges in Syrien bestimmen werden.

Die Prognose der PKK ist, dass die Niederlage der jihadistischen Kräfte in Syrien Erdoğans Herrschaft einen tödlichen Stoß versetzen, ihn abseits des Verhandlungstischs im Nahen Osten platzieren werden, und dass ein legaler Status für Rojava sowie die Teilnahme an der Offensive gegen den IS im Irak sie zu einer anerkannten Teilnehmerin am Prozess der politischen Neugestaltung des Irak und Syriens machen wird. Im Lichte dieser Prognose bewertet sie den Kampf im »türkischen« Teil von Kurdistan als eine Verlängerung der Front in Syrien.

Dass die PKK nicht willens ist, eine Politik zu verfolgen, die den von der AKP angezettelten Bürgerkrieg stoppen könnte, zeigt sich in den trotz großer Tragödien immer und immer wieder von neuem gestarteten »Barrikaden-Kriegen«, die Ohnmacht und Resignation hervorriefen, aber keine populäre Unterstützung durch einen Volksaufstand erhielten. Es zeigt sich aber auch in den Bombenanschlägen auf ein Polizeirevier in Diyarbakır, auf Sicherheitskräfte an einer Bushaltestelle im Zentrum von Ankara (Kızılay) und in der Nähe eines Fußballstadions in Istanbul (Beşiktaş), bei denen selbst die kurdische Bevölkerung nicht unterscheiden kann, ob sie vom IS oder doch von der TAK verübt wurden.

Zwar erklärt die PKK immer wieder, die Anschläge der TAK dienten der Vergeltung, sie zielten auf militärische Einheiten. Doch verursachen die Bombenanschläge regelmäßig den Tod von ZivilistInnen, sie erzeugen Angst und Panik innerhalb der Bevölkerung. Steigt der Druck aus der HDP und der demokratischen Öffentlichkeit, solche Anschläge klar zu verurteilen, distanziert sich die PKK stärker und ergänzt, dass sie Anschläge, bei denen ZivilistInnen zu Schaden kommen, nicht gut heiße. Die

Behauptung, die TAK sei unabhängig von der PKK, ist aber nicht glaubwürdig. Es ist allgemein anerkannt, dass die TAK Attentate verübt, zu denen sich die PKK nicht offen bekennen kann. Die PKK hat keine praktischen Schritte unternommen, um diese »Gewissheit« zu widerlegen. Hinweise, wonach die AttentäterInnen in PKK-Camps ausgebildet werden und auf die logistische Unterstützung der PKK angewiesen sind, wurden von ihr nicht entkräftet.

ZWICKMÜHLE DES KRIEGES

Während die PKK die Lösung der kurdischen Frage mittels Friedensverhandlungen im Rahmen des Krieges im Nahen Osten anvisiert, nimmt sie die Politik der AKP, den Krieg im Nahen Osten in einen Bürgerkrieg der Türkei zu verwandeln, durchaus zur Kenntnis und positioniert sich als eine Partei dieses Bürgerkrieges. Doch ein ethnisch-konfessioneller Bürgerkrieg wie im Nahen Osten erzeugt eine Stimmung des reaktionär-rassistischen Wahns, aus dem sich der von Erdoğan angeführte Faschismus erhebt, den zu stoppen und »den Bürgerkrieg zu verhindern«, sich ein Großteil der sozialistischen Bewegung in der Türkei verpflichtet fühlt.

Die Sozialdemokratie hingegen betrachtet den Bürgerkrieg, basierend auf ihrem Reflex den Staat zu schützen, als unausweichlich und positioniert sich an der »Seite des Staates«. Dass sich der Staat bereits in einen »türkisch-sunnitischen Bürgerkriegsstaat« verwandelt hat, bildet die wichtigste innere Spannung, die diese Positionierung innerhalb der Sozialdemokratie erzeugt. Die innere Spannung paralyisiert nicht nur die Sozialdemokratie, sondern versperrt zugleich der linken Bewegung den Weg.

Kurz, wir befinden uns wieder in einem dieser Momente, in dem die politische Schere zwischen dem Kampf um Demokratie in der Türkei und dem nationalen Kampf des kurdischen Volkes auseinandergeht. Bis dato hat dieses Auseinanderdriften weder der sozialistischen Bewegung der Türkei noch der kurdischen Bewegung genutzt. Ganz im Gegenteil: Während ein Auseinanderdriften beide Oppositionsbewegungen schwächte, gingen sie aus einer Annäherung immer gestärkt hervor.

Diejenigen, die diese Tatsache aufgrund der Erwartung, ein Frieden im Nahen Osten werde die Türkei demokratisieren und zugleich den Kurden einen politischen Status bescheren, ignorieren oder gar als unbedeutend hinstellen, müssen daran erin-

tert werden, dass die gleichen Erwartungen an die EU-Beitrittsverhandlungen gerichtet wurden. Da ein möglicher »Frieden im Nahen Osten« von den hegemonialen Mächten und imperialistischen Zentren bestimmt sein wird, sollte nicht erwartet werden, dass dieser Prozess ein anderes Resultat als bei den EU-Beitrittsverhandlungen hervorbringt.

Es ist keine vernünftige Politik der PKK, die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei von einem Frieden im Nahen Osten abhängig zu machen und dabei einen ethnisch-konfessionellen Bürgerkrieg auch in der Türkei in Kauf zu nehmen. Denn das Mächtegleichgewicht in der Region, gekennzeichnet durch ein Geflecht von gegenseitigen Interessen und Abhängigkeiten der imperialistischen Zentren (einschließlich Russlands) und der reaktionären Staaten (Iran, Syrien und Türkei), schließt eine endgültige Niederlage oder Ausgrenzung jeglicher in der Region präsenten Staaten aus. Es ist durchaus möglich und auch wahrscheinlich, dass ein chronischer Bürgerkrieg, bei dem reaktionäre Kräfte die Initiative haben, den offenen Faschismus in der Türkei permanent macht und zum Status quo erhebt. Durchaus nicht unwahrscheinlich ist, dass eine Türkei mit diesem Status quo gemeinsam mit den reaktionären Kräften der Region und den imperialistischen Zentren am »Friedenstisch des Nahen Ostens« eine Vereinbarung zum Nachteil der kurdischen Bevölkerung in der Türkei aushandelt und sie damit zu »Leidtragenden eines politischen Status« macht, den die kurdische Bewegung in anderen Regionen errungen hat. ■■■

Der Artikel wurde von Infobrief Türkei aus dem Türkischen übersetzt. Er basiert auf den am 23.03.2016 und 13.12.2016 in sendika.org veröffentlichten Artikeln des Autors.

DIE TÜRKIEI: ABKEHR DES WESTENS, DIKTATUR UND STAATSKRISE

Von Errol Babacan

Mit dem Ausnahmezustand wurde die Installation der Diktatur abgeschlossen. Der Krieg ist das Bindemittel einer asymmetrischen Koalition zwischen AKP, MHP und CHP. Im kurdischen Südosten werden direkte Kolonialpraktiken angewendet, die Faschisierung nimmt Fahrt auf. Das Scheitern des neo-osmanischen Expansionismus vor Augen wächst indessen die Kluft zur EU und den USA.

Unmittelbar nach Verhaftung der HDP-Abgeordneten und der Attacke auf die Zeitung Cumhuriyet ist die westliche Kritik an den politischen Zuständen in der Türkei lauter geworden. Die liberale Anrufung der »Wertegemeinschaft«, für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einzutreten, scheint inzwischen ganz oben Gehör zu finden. Sogar die von marginalen linken Kreisen vorgebrachte Diagnose eines aufkommenden Faschismus wird salonfähig. Zum rauhen Wind, der dem AKP-Regime seit geraumer Zeit aus den westlichen Leitmedien entgegenweht, gesellen sich Vergleiche zum Nationalsozialismus, wie die des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn. Nach Jahren enger Kooperation, systematischer Ausblendung und Schönfärbung der repressiven Zustände werden gar effektive Druckmittel wie Wirtschaftssanktionen ins Gespräch gebracht. Selbst die deutsche Regierung, deren Kritik trotz unablässiger Provokationen aus der Türkei bislang vergleichsweise zurückhaltend ausgefallen ist, sandte ein deutliches politisches Signal: Für politisch Verfolgte gelte das deutsche Asylrecht.

Inwieweit den Worten Taten folgen werden und das Versprechen nicht nur auserwählten Intellektuellen gilt, bleibt abzuwarten. Als konkrete Tat mit politischer Signalwirkung kann der Entscheid eines belgischen Gerichts in einem Prozess gegen kurdische Politiker im europäischen Exil gewertet werden. Das Gericht führte jüngst aus, in der Türkei herrsche Krieg, die Aktivitäten der PKK seien nicht als terroristisch, sondern im Rahmen eines bewaffneten Konflikts zu werten. Es widersprach damit der Nennung der PKK auf der EU-Terrorliste. Angenommen diese Auffassung wird hegemonial, so erscheinen auch Sanktionen und

andere in die Waagschale geworfene Optionen, den NATO-Austritt der Türkei herbeizuführen und die EU-Beitrittsgespräche zu kündigen, nicht mehr so weit entfernt.

Die Brisanz besteht allerdings darin, dass solche Maßnahmen eine Reihe von langfristigen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, die entgegen der Beschwörung von Werten die eigentlich heiligen Kühe des Westens sind, empfindlich berühren. Die Interessenlage in den Beziehungen zur Türkei muss nüchtern betrachtet werden. Die Situation ist offensichtlich sehr ernst. Die Annahme, in der westlichen Hemisphäre bestünde ein grundsätzliches Problem mit Diktaturen oder reaktionären Bewegungen, lenkt von der Sache ab. Von Eigengewächsen abgesehen ist aktuell noch vor der Türkei die enge und stetig intensivierte Kooperation mit Saudi Arabien anzuführen, das eine patriarchale Diktatur inklusive praktizierter Todesstrafe darstellt und als Heimstatt des internationalen salafistischen Terrors fungiert. Auch Kriegsflüchtlinge oder politisch Verfolgte sind der EU prinzipiell egal. Deals mit Diktaturen und die vielen Toten im Mittelmeer bilden den Alltag des EU-Grenzregimes.

Nicht zuletzt bei der Diskussion um die Visafreiheit für türkische StaatsbürgerInnen kam die Doppelmoral offen zum Tragen. Wiederholt wurde ins Feld geführt, die Visafreiheit könne einer großen Zahl Menschen aus der Türkei zur Flucht vor den inländischen Verhältnissen verhelfen, was es unbedingt zu vermeiden gelte. Dass es Fluchtgründe gab, wurde nicht nur anerkannt, sondern als Argument zur Abschottung eingesetzt. Demokratiebesorgte Motive, wie die geforderte Reformierung der »Terrorbekämpfungsgesetze«, waren indes schlicht vorgeschoben. Deren Verschärfung stammte aus einer Zeit (2006), in der die Türkei noch als demokratisches Vorbild gehandelt wurde. Werte oder verspätete Einsichten taugen also nicht zur Klärung der Motive. Warum wird jetzt die Tonlage derart verschärft?

EIN NATO-PUTSCH?

Denkbar ist sicherlich, dass die verbale Drohkulisse den linken/liberalen KritikerInnen innerhalb der EU und der USA den Wind aus den Segeln nehmen soll. Die polizeiliche und militärische Zusammenarbeit, die »historische Waffenbrüderschaft« mit der Türkei besteht ja fort [1]. Die wirtschaftliche Integration des Landes in westliche Strukturen greift sehr tief. Die strategische Bedeutung der Türkei im westlichen Verbund ist groß. Nichtsdestotrotz besteht eine offensichtliche Kluft zum AKP-Regime, die nach dem Putschversuch größer geworden ist.

Apropos Putschversuch: Es ist nicht pauschal von der Hand zu weisen, dass westliche Akteure in diesen tiefer involviert waren, als die assoziierte Öffentlichkeit wahrnehmen will. Die Behauptung einer vollkommenen Unwissenheit westlicher Dienste über Abläufe und Bewegungen in einer der wichtigsten NATO-Armeen mit vielen Verbindungsoffizieren, wichtigen westlichen Militäreinrichtungen, Radaranlagen und Nuklearwaffen, in einem Mitgliedsland, in dem schon mehrere Putsche stattgefunden haben, dessen Armee traditionell Schauplatz von politischen Machtkämpfen und Intrigen ist und das sich aktuell an vorderster Front eines Kriegsgeschehens mit globaler Tragweite befindet, sollte zumindest skeptisch stimmen. Die konkreten Bedenken, die auch von integren KritikerInnen der türkischen Regierung geäußert werden, gehen weiter. Sie schließen die pro-amerikanische Ausrichtung der Putschisten, die abwartenden und nebulösen Reaktionen aus den USA in der Putschnacht sowie die Rolle der NATO-Basis Incirlik ein, von der aus Kampfjets gestartet sein sollen, woraus auf eine Mitwisserschaft von NATO-Offizieren geschlossen wird.

Beweise, die den begründeten Verdacht erhärten könnten, gibt es allerdings keine, echte Einblicke fehlen. Als wichtigster Belastungsmoment kann angeführt werden, dass die Führung des Gülen-Netzwerks, das nach plausiblen Erkenntnissen eine zentrale Rolle bei der Durchführung des Putschs spielte, in den USA sitzt [2]. Dass die Putschisten quasi in der Luft hingen, ihnen jede parteiliche Anbindung zu fehlen schien, deutet ebenfalls auf das Netzwerk. Zu denken gibt in diesem Zusammenhang, dass das Gülen-Netzwerk im Westen noch immer als zivil, liberal und außerweltlich – das Zauberwort aus der esoterischen Mottenkiste lautet Sufismus – verharmlost werden kann. Als ob es

die Verbrechen und Gewalttaten, die Gülens Leute im Militär, in der Polizei und der Justiz, begleitet von medialer Propaganda aus allen erdenklichen Kanälen, durchführten, nie gegeben hätte. Dass die Führung dieses Syndikats, das ja nicht nur Kemalisten verfolgte, sondern auch linken und kurdisch-demokratischen Kräften das Leben über Jahre zur Hölle gemacht hat, im US-Bundesstaat Pennsylvania sitzt, sagt jedenfalls viel über die Rolle der USA bei den demokratischen Kämpfen in der Türkei aus.

Zurück zur eigentlichen Frage: Worin könnte der Interessenkonflikt bestehen, der so tief greift, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass sogar ein Militärputsch »geduldet« wurde, der das Potential barg, das Land massiv zu destabilisieren? Ein wirklichkeitsfernes aber sich hartnäckig haltendes Argument, das der oberflächlichen Kulturkampfpropaganda Folge leistet, lautet, der Islamismus der AKP bedinge eine Abkehr vom Westen, worauf dieser wiederum mit einem Putsch reagiert habe. Der erneute Verweis auf den westlichen Intimus Saudi Arabien und die kurze aber heftige Liebschaft mit den Muslimbrüdern mag genügen, um das Vorurteil zu entkräften. Weder der Islam noch der Islamismus bilden auf der Ebene der politischen, wirtschaftlichen aber auch (para-)militärischen Zusammenarbeit ein grundsätzliches Hindernis.

Es muss also andere Gründe geben, die selbst oder gerade wegen der engmaschigen und langfristigen Integration der Türkei in den westlichen Kapitalismus bestehen. Es sei nochmals unterstrichen, dass Sanktionen eine Desintegration der Türkei aus dem westlichen Verbund forcieren könnten. Es ist nicht plausibel, dass diese Möglichkeit ohne Not und schon gar nicht aus ideologischen Gründen ausgesprochen, geschweige denn ein solcher Prozess angestoßen wird. Von mittelfristigen Interessen westlicher Konzerne abgesehen, würde eine Abkopplung der Türkei schließlich in eine Schwächung der EU und der USA in der imperialen Konkurrenz münden.

REGIMEFORM: ILLIBERALE DEMOKRATIE ODER DIKTATUR?

Als Erklärung für den Zwist mit dem Westen kann schließlich ein Machtkampf innerhalb der Bourgeoisie der Türkei herangezogen werden. Bekannt ist, dass mächtige, mit westlichen Konzernen verquickte Kapitalgruppen mit der Machtkonzentration bei Erdoğan hadern, da dieser die zumeist kleinere, mit dem politischen Islam entstehungs-

geschichtlich verwachsene Konkurrenz protegiert. Dass es bei diesem Konflikt um eine Abkehr vom Westen, allgemeiner um die globale Ausrichtung der türkischen Ökonomie gen Osten oder in eine andere Himmelsrichtung geht, lässt sich mit vorhandenen Daten aber nicht begründen [3].

Die Entwicklungen vor und nach dem Putschversuch deuten auf einen anderen Zusammenhang: Als eigentlicher Knackpunkt tritt der Verlauf des Krieges in Syrien und im Irak hervor. Auf die Bourgeoisie wirkt sich der Kriegsverlauf, auf den weiter unten eingegangen werden wird, eher einigend als spaltend aus. Dies lässt sich allerdings nur indirekt anhand der Haltung der drei großen bürgerlichen Parteien schließen. Der Krieg fungiert seit einiger Zeit als Bindemittel eines asymmetrischen Zweckbündnisses zwischen der AKP, der MHP und der CHP. Zwar bestand das Bündnis bereits vor dem Putschversuch, danach wurde es jedoch vertieft. Es steht definitiv nicht auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie. Die Einbindung der MHP und der CHP geschieht nicht über die Legislative, sondern über die Bürokratie. So ist auch zu erklären, dass die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie und des Laizismus sowie eine Zurückdrängung der Islamisierung mit diesem Bündnis keinesfalls verbunden sind.

Mit dem Ausnahmezustand wurde die Installation der Diktatur in Form einer Gewalteneinheit abgeschlossen. Die vom Präsidenten dominierte Exekutive hat in allen Belangen das letzte Wort, das Parlament ist zum Theater degradiert und die Justiz zur Makulatur geworden. Die Asymmetrie des Bündnisses kommt auch darin zum Tragen, dass die Schließung von Parteien per Präsidialdekret verfügt werden kann. Mit Verweis auf den Ausnahmezustand hat das Verfassungsgericht, dem solche Entscheidungen bislang oblagen, erklärt, dass es sich nicht für zuständig in der Überprüfung der Dekrete hält. Mit anderen Worten, die Verfassung ist aufgehoben.

Das bedeutet allerdings nicht, dass nicht weiterhin nach Wegen der Legalisierung des extralegalen Zustands gesucht wird und gleichzeitig Gesetze und Dekrete erlassen werden, die den Anschein von Legalität erwecken. Die Gesetze und Dekrete stellen jedoch nur insofern Legalität her, indem sie Direktiven darstellen, die das verbindliche Funktionieren des Staatswesens gewährleisten und verhindern

sollen, dass die extralegale Position des Präsidenten auf das innere Funktionieren der Bürokratie übergreift, sprich jeder Polizeibeamte oder Richter sich ein Vorbild an Erdoğan nehmend seine eigenen Gesetze zu diktieren beginnt. Die Entgrenzung der präsidialen Vollmachten soll sich nicht innerhalb der Befehlskette reproduzieren können.

Wie dieses Regime adäquat bezeichnet werden soll, ist umstritten. Der Begriff der illiberalen Demokratie, der Gemeinsamkeiten zu Ländern wie Russland oder Ungarn herausstreicht, ist zu unspezifisch, in sich zu widersprüchlich, um die politische Form zu fassen. Die Aussage, wonach in der Türkei noch reguläre Wahlen und Parteienkonkurrenz stattfinden, trägt nicht zur Klärung der realen Verhältnisse bei. Treffender ist der Begriff der Diktatur, faschistische Tendenzen sind zu erkennen [4].

»GÜLENISIERUNG« DER PARTEIEN

Es mag irritieren, dass gleichzeitig von einer Diktatur und einem Dreiparteien-Bündnis die Rede ist. Wie erwähnt geschieht die Einbindung der MHP nicht über politische Posten, sondern über bürokratische Wege. Die Kader der MHP im Militär, in der Polizei und der Justiz sind wichtige Stützpfiler des Regimes, die nach der Ausschaltung des Gülen-Netzwerks an Gewicht hinzu gewonnen haben. Gesteuert wird dieser Prozess aus dem Präsidentenpalast, den der Vorsitzende der MHP zwecks Absprachen inzwischen regelmäßig besucht.

Die neo-faschistische MHP ist politisch und ideologisch ohnehin nicht weit von der AKP entfernt. Die Partei hat bereits nach den Juni-Wahlen 2015 den Weg eines informellen Regierungspartners eingeschlagen. Sie öffnete der AKP die halb-legale Tür zu Neuwahlen und gab erst kürzlich grünes Licht für ein Referendum über die Einführung des Präsidialsystems. Die AKP und die MHP sind informelle Koalitionspartner bei der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie. Die Beseitigung der HDP und die Usurpation der von der Schwesterpartei DBP regierten kurdischen Kommunen sind Teil dieses Vorgangs.

Wie aber steht es um die CHP? Teile der Partei sind in einen ähnlichen Deal verwickelt. So wurden bspw. nach dem Putschversuch etliche Offiziere rehabilitiert, die im Zuge des Ergenekon-Prozesses aus der Armee entlassen und inhaftiert worden waren. Die Offiziere stehen dem rechts-kemalisti-

schen Flügel der Partei nahe. Die Einbindung dieses Flügels führt eine faktische Spaltung der CHP herbei, deren sozialdemokratischer und nach links offener Flügel lahm gelegt und der Repression ausgesetzt wird. Im Angriff auf die Zeitung Cumhuriyet schlägt sich diese Spaltung nieder [5]. Sie bestand aber auch schon, als die Parteiführung trotz deutlicher Kritik aus den eigenen Reihen und ausdrücklicher Kenntnis der Verfassungswidrigkeit der Aufhebung der Immunität von Parlamentsabgeordneten zugestimmt hatte und so den Weg für die laufenden Verhaftungen frei machte.

Im Übrigen fand auch in der MHP ein Abspaltungsprozess statt, bei dem eine konkurrierende Strömung innerhalb der Partei mit Hilfe der AKP-Justiz lahm gelegt wurde. Der logische Endpunkt dieses Prozesses der Einbindung der MHP und der CHP über die Bürokratie wird die Auflösung von politischen Parteien in Netzwerke oder Cliques sein, die sich in der Bürokratie organisieren. Das Vorbild für diese Organisationsweise lieferte ironischerweise das Gülen-Netzwerk. In diesem Sinne kann von einer Gülenisierung der Parteien gesprochen werden.

KOLONIE KURDISTAN

Die Cumhuriyet ist noch nie die Zeitung der gesamten CHP gewesen. Repräsentativ für die realpolitische Position der CHP ist heute die auflagenstarke, ultra-nationalistische Zeitung Sözcü. In diesen Kreisen wird der Staatszerfall als die dringlichste Gefahr wahrgenommen. Zwar wird diese Angst schon seit dem Osmanischen Reich tradiert und ist in den Gründungsmythos der Republik eingeschrieben. Doch heute erscheint diese Gefahr akut, insofern die Entwicklung des Krieges im Äußern verstärkend auf die Staatskrise zurückwirkt. Hervorgehoben wurde die Staatskrise durch die militärische Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung, angetrieben wurde sie durch die Ablehnung einer politischen Lösung, die eine Teilung der Macht mittels demokratischer Reformen umfasst.

Eine politische Lösung steht nicht nur im Gegensatz zum gesellschaftlichen Programm der regierenden Islamisten. Auch die MHP und große Teile der CHP zeigen sich unnachgiebig. Die Dauer des Bürgerkriegs und seine ideologische Artikulation lassen oft übersehen, dass das Problem in die Klassenverhältnisse des Landes eingelassen ist. Lösungsansätze, die hierüber hinweg sehen, die einen abstrakten autoritären Staatsgeist zur Erklärung

heranziehen, erfassen den Charakter des Konflikts nicht vollständig.

Neben billigen Arbeitskräften ist das kurdische Siedlungsgebiet reich an natürlichen Ressourcen, insbesondere an Wasser. Mit der Kontrolle über die Flüsse kann Kontrolle über die südlichen Nachbarstaaten ausgeübt werden. Daneben besteht die regionalstrategische Bedeutung des Gebiets aus türkischer Perspektive darin, dass es das Tor zum Nahen Osten bildet. Handelswege und Pipelines verlaufen hier. Eine militärstrategische Bedeutung kommt hinzu. Ein Kontrollverlust über das Gebiet bedeutet einen Kontrollverlust über Arbeitskräfte, Märkte, Handelswege, Ressourcen, kurz über Produktivkräfte und Akkumulationsmittel, und würde sich als Schwächung der gesamten inländischen Bourgeoisie, insbesondere aber der gen Süden orientierten Fraktionen niederschlagen.

Doch berührt der Konflikt nicht nur die Interessen der Bourgeoisie. Auch innerhalb der türkischen Mittelklasse wird ein kurdischer Machtgewinn oder eine Autonomie als eine Schwächung der Türkei wahrgenommen, die nicht akzeptiert wird. Letztlich verfügt diese Sichtweise über eine innere Logik, denn die Reproduktionsgrundlagen von bürgerlichen Mittelklassen hängen erheblich an der wirtschaftlichen Macht (Prosperität) ihres Landes. Dass die Werktätigen ebenfalls eine offene Flanke für diese Wahrnehmung aufweisen, hängt wiederum auch damit zusammen, dass in der Konkurrenz innerhalb der werktätigen Klassen sich die ethnische Zugehörigkeit in Hierarchien auf dem »Arbeitsmarkt« niederschlägt, bei denen Kurden/Kurdinnen in der Regel unten stehen.

Für eine kurze Zeit schien der so genannte Friedensprozess in der Türkei einen Ausweg aus dem Bürgerkrieg zu bieten, indem die Lösung quasi nach außen verlagert wurde. Die Bürgerkriege im Irak und in Syrien wurden als »historische« Chance gesehen, eine regionale Führungsrolle im Verbund mit den Muslimbrüdern einzunehmen. Die scheinbare Liaison mit der kurdischen Bewegung war vor diesem Hintergrund konzipiert als Erweiterung der Staatsgrenzen in die südlichen Nachbarländer. Mit anderen Worten, der »Friedensprozess« wurde auf dem Boden der Expansionsgelüste türkischer Kapitalfraktionen geschmiedet [6].

Nachdem sich Syrien und der Irak als Sackgassen erwiesen haben und klar geworden ist, dass die regionalen Kräfteverhältnisse keine derartige Expansion zulassen, setzt nun Katerstimmung ein. Vielmehr wirft das Scheitern des Expansionismus den Bürgerkrieg mit aller Härte in die Staatsgrenzen der Türkei zurück, so dass auch wieder direkte Kolonialpraktiken in Kurdistan angewendet werden, wie sich in der Ernennung von Kolonialbeamten (offiziell Statthalter/Zwangsverwalter genannt) anstelle der verhafteten BürgermeisterInnen kurdischer Kommunen zeigt.

Indes zieht die PKK aus der Schließung des politischen Raums umso mehr Legitimation für den bewaffneten Kampf, den sie absehbar intensivieren wird. Wenn alle Kräfte beseitigt sind, die für einen Zusammenhalt und eine friedliche Lösung eintreten, drängt sich die separatistische Option geradezu auf. Die Vertiefung des Krieges kommt gleichzeitig aber der AKP zupass, sie provoziert ihn wie bereits unmittelbar nach den Juni-Wahlen 2015. Der Krieg konsolidiert die Diktatur, provoziert unkontrollierte Gewalt, soll die kurdische Bewegung auf sich selbst zurückwerfen sowie eine Annäherung mit anderen unterdrückten Gruppen wie den AlevitInnen verhindern.

ABKEHR DES WESTENS

Der Krieg verlief für das AKP-Regime vollkommen anders als geplant. Das Dringen und Drängen, an den Offensiven gegen den IS in Rakka und in Mosul teilzunehmen, stellt kaum mehr den Versuch dar, das neo-osmanische Expansionsstreben umzusetzen. Es erscheint vielmehr als letzter Versuch der Vorwärtsverteidigung, so wie es bereits die Invasion syrischen Staatsgebiets darstellte. Doch die USA haben sich in eine andere Richtung orientiert und es sieht nicht mehr danach aus, dass sie die türkischen Wünsche unterstützen werden. Sie präferieren – zur Bekämpfung des IS aber auch in Konkurrenz zu Russland – nicht türkische, sondern andere Streitkräfte im Irak und in Syrien. Der seit dem Kampf um Kobanê Ende 2014 eingeleitete Prozess der Annäherung zwischen der PKK, der syrisch-kurdischen PYD und den USA schreitet voran, während der Konflikt zwischen den USA und dem Iran – ein regionalpolitischer Konkurrent der Türkei – zurückgestellt worden ist.

Nun lässt sich ein Zwischenresümee ziehen, indem die Eingangsfrage wieder aufgegriffen wird: Worin

besteht der Interessenkonflikt mit dem Westen, der sogar begründeten Anlass gibt, die Verstrickung des Westens in den Putsch zu befragen? In der Verfolgung ihrer Kriegsziele sind die USA, auf die die AKP gebaut hat, in Widerspruch zu türkischen Kriegszielen geraten. Mit anderen Worten, der Kriegsverlauf ist in einer Abkehr des Westens von der Türkei in der für sie entscheidenden Kriegsfrage gemündet. Die Türkei ist mit ihren Vorstößen in Syrien und im Irak zu einem Unsicherheitsfaktor geworden. Eine türkische Invasion in Syrien und ein Angriff auf die dortigen Verbündeten des Westens waren unerwünscht, so wie auch die Annäherung der Türkei an Russland nicht gern gesehen wurde.

Dass die USA der Türkei kurze Zeit nach dem Putschversuch grünes Licht für den Einmarsch nach Syrien gaben, erscheint als Zwischenlösung, um die Türkei nicht ganz zu verprellen [7]. Aktuell stellt sich die Frage, ob eine außenpolitische Verrücktheit des Präsidenten Erdoğan, im Widerspruch zu den realen Kräfteverhältnissen ein militärisches Abenteuer im Irak zu wagen, zu erwarten ist. Das ist nicht gänzlich auszuschließen. Schließlich bildet der Krieg eine zentrale Grundlage seiner innenpolitischen Macht. Dass der militärische Interventionismus und die Bekämpfung der PKK nicht allein vom Präsidenten ausgehen, verstärkt diese Befürchtung. So lautete ein bemerkenswerter Vorwurf des Vorsitzenden der CHP nach der Verhaftung der HDP-Abgeordneten an die Regierung, sie solle sich nicht mit Mücken abgeben, sondern den Sumpf austrocknen, womit die Aufforderung einer Bombardierung des Kandil-Gebirges – der Hauptbasis der PKK im Irak – verbunden war. Ein militärischer Alleingang der Türkei im Irak würde jedoch zu einer Konfrontation mit der irakischen Armee, dem Iran und wohl auch den irakischen Kurden führen und könnte sogar eine Eskalation auf globaler Stufenleiter auslösen. Sofern sich die US-amerikanischen Ziele nicht in Richtung einer Ausweitung des Kriegs verschieben, wodurch die Türkei wieder stärker gebraucht werden würde, erscheint dieses Szenario allerdings nicht sehr wahrscheinlich.

DROHENDER STAATZERFALL

Insgesamt ist also ein außenpolitisches Fiasko festzustellen, aus dem in der Türkei ein Untergangsszenario erwächst, das Vergleiche zum Ersten Weltkrieg ziehen lässt, das die unbändige Wut auf den Westen, das verzweifelte Augenzwinkern Richtung

Russland und die große Härte und Eile im Vorgehen gegen liberale, linke und kurdische Kräfte erklärt.

Die Umkehr der Kriegslage und der Bündniskonstellationen erklärt die Haltung der CHP insbesondere nach den Juni-Wahlen 2015. Die Konsolidierung Rojavas und die Kooperation zwischen den USA und der PKK bzw. der PYD in Syrien werden von großen Teilen der CHP als existentielle Bedrohung wahrgenommen. Der Häuserkampf im Südosten der Türkei, der beinahe ein Jahr andauerte, hat diese Wahrnehmung verstärkt. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Bedeutung Kurdistans für den türkischen Machtblock wird verständlich, an welchem Punkt die Befürchtung einer Abspaltung des kurdischen Südostens ansetzt. So verwundert es nicht, dass die Reaktion großer Teile der CHP auf die Repressionswelle gegenüber der HDP aber auch der Zeitung Cumhuriyet zwischen verhaltener Kritik und praktischer Zustimmung schwankte.

Der »Besitzanspruch« auf Kurdistan, der sich in der Haltung der CHP niederschlägt, verhindert maßgeblich die Bildung einer Opposition, die dem Totalitarismus und der Radikalisierung von Tötungsabsichten, wie es sich auch in der Popularisierung der Todesstrafe ankündigt, die Stirn bieten könnte. Noch hält die Bekämpfung der HDP und anderer Kräfte, die eine sozial fortschrittliche Führung der Bevölkerung organisieren könnten, das Kriegsbündnis zusammen. Der Auflösungsprozess der CHP von links hat aber bereits begonnen, wie sich am verbal-radikalen, letztlich aber passiven Verhalten der CHP-Führung nach der Attacke auf die Cumhuriyet ablesen lässt. Daneben sind weitere Putschversuche nicht auszuschließen, wenn das Kriegsbündnis zerbricht und die lang erwartete Wirtschaftskrise eintritt [8].

Es lässt sich daher schließen, dass die jüngeren Reaktionen aus der EU nicht nur die Verschiebung in der Bündniskonstellations im Nahen Osten in Richtung PYD/PKK widerspiegeln, sondern auch das skizzierte Szenario vorwegnehmen. Nichtsdestotrotz liegt entgegen des türkischen Verschwörungswahns ein vollumfänglicher Bürgerkrieg in der Türkei kaum im Interesse des Westens, nicht aufgrund von grundsätzlichen Werten, sondern aufgrund konkreter materieller und strategischer Interessen, die eingangs angesprochen wurden. Schlussendlich würde es Russland in die Karten spielen, wenn die

NATO an ihrer Südflanke plötzlich einen »failed state« beherbergen würde. Und der EU würde sich dann ein ganz anderes »Flüchtlingsproblem« stellen. Exakt in diese Richtung steuert aber die Türkei.

Auf den Westen kann aber nicht gebaut werden, einem erneuerten Arrangement mit dem Regime stehen schließlich keine prinzipiellen Werte entgegen. Der Prozess lässt sich nur von innen stoppen. Für die Einsicht, dass die Türkei sich niemals in die Kriege in ihren Nachbarstaaten hätte einmischen dürfen, ist es zu spät. Berichte über eine massive Bewaffnung der Bevölkerung nehmen zu, nicht zuletzt hat der Dschihadismus Fuß gefasst im Land. Auch zu spät erscheint die Einsicht, dass eine Friedensperspektive einer sozialistischen Komponente bedarf. Schließlich unterliegt dem Bürgerkrieg und den reaktionären Bewegungen des Landes eine kapitalistische Dynamik. Nicht zu spät ist es aber für die Einsicht, dass ein Frieden mit der kurdischen Bewegung und die Einheit aller demokratischen Kräfte die letzte Chance ist, die faschistische Entwicklung aufzuhalten, die schlimmste Zerstörung abzuhalten und eine Zukunft zu erhalten. ■

[1] Vgl. Murat Çakır (2016): »Noble Einsamkeit« und strategische Prioritäten – Über die vermeintlichen Verwerfungen in den deutsch-türkischen Beziehungen«. In: Infobrief Türkei, Nr. 13.

[2] Vgl. zur Rolle des Gülen-Netzwerks Dani Rodrik (2016): *Is Fethullah Gulen behind the coup? Und Is the US behind Fethullah Gulen?* In: Dani Rodrik's weblog.

[3] In diese Richtung argumentiert bspw. Sungur Savran: »So war es also eine Allianz von pro-amerikanischen Säkularen und den Eingeweihten einer religiösen Bruderschaft unter dem Schutz der USA, die den Putsch führte.« Savran lokalisiert den Grundkonflikt darin, dass Erdoğan und eine assoziierte Bourgeoisie die Führung der muslimischen Welt gegen den Westen anstrebten. Hierzu lässt sich feststellen, dass es zwar den ambitionierten Plan der Türkei gab, eine Regionalmacht zu werden (Stichwort Neo-Osmanismus). Der Witz ist aber, dass dieser Plan im Einklang und nicht im Widerspruch zu US-amerikanischen Plänen geschmiedet wurde und der Zwist erst entstand, als der »große« Plan bereits gescheitert war. Sungur Savran (2016): *Der Krieg zweier Putsche in der Türkei*. In: Luxemburg Online.

[4] Allerdings impliziert die Diagnose eines Faschismus die Unmöglichkeit bzw. Absage an Widerstandsformen zivilen und demokratischen Charakters, was vor dem Hintergrund eines bereits vorhandenen bewaffneten Widerstands diskutiert werden muss. Die meisten Vertreter der Faschismusthese schweigen sich an dieser Stelle aus oder lehnen den bewaffneten

Widerstand sogar rundweg ab. Um nicht missverstanden zu werden: Dies ist kein Plädoyer für den bewaffneten Kampf, es ist lediglich der Hinweis, dass die Faschismusdiagnose praktische Implikationen birgt, die diskutiert werden müssen.

[5] Bei aller Absurdität der Anklageschrift sei bemerkt, dass die Anklage gegen die Herausgeber und Journalisten der Cumhuriyet sich auch auf eine Intrige gegen die linke/liberale Mehrheit seitens einer rechts-kemalistischen Minderheit innerhalb der Stiftung stützt, die die Zeitung herausgibt. Die in die Minderheit geratenen Rechtskemalisten klagten gegen die Wahl des Stiftungsvorstands, die sie verloren hatten. In einem nur auf Türkisch vorliegenden **offenen Brief** des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Akin Atalay, der inzwischen festgenommen wurde, wird der Sachverhalt geschildert.

[6] Ein früher Hinweis auf diesen Zusammenhang findet sich im Infobrief Türkei Nr. 4. Ercan Geçgin (2013): **In 10 Fragen – Die Verhandlungen über die kurdische Frage und der Nahe Osten**. Zum Verlauf des Krieges im Zusammenhang mit dem »Friedensprozess« siehe Arzu Yılmaz (2016): **Friedensweg mündet im Krieg – Die Internationalisierung der kurdischen Frage**. In: Wissenschaft und Frieden, Dossier Nr. 82.

[7] Die USA üben offensichtlich Druck auf die Türkei und auf Rojava aus, eine direkte Konfrontation zu vermeiden. Faktisch unterstützen sie den türkischen Vorstoß, einen dauerhaften Keil zwischen die Kantone Rojavas zu treiben. Die Präsenz von türkischem Militär in Syrien ließ auch die Option einer türkischen Beteiligung an der Eroberung der IS-Hochburg Rakka realistischer werden. Vermutlich erhöhte diese Situation den Druck auf die militärischen Einheiten Rojavas, dem seit längerem bestehenden US-amerikanischen Drängen nachzugeben, Rakka anzugreifen. Spätestens mit der Besiegung des IS wird dieses Doppelspiel an eine Grenze stoßen.

[8] Eine von der äußeren Entwicklung unabhängige Kriegsdynamik, auf die hier nicht eingegangen werden kann, bildet der totalitäre Expansionismus des politischen Islam nach Innen. Siehe hierzu Errol Babacan (2016): **Unauflösbare Widersprüche. Die kurdische Bewegung und die AKP**. In: Wissenschaft und Frieden, Dossier Nr. 82.